

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2012

von Herbert Goldmann, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss gestehen, dass es mir selten so schwer gefallen ist, einen Einstieg in die Diskussion zum Haushalt 2012 und insbesondere in diese Haushaltsrede zu finden.

Zu unterschiedlich, komplex und vielfältig sind die einzelnen Facetten der Themenfelder, die es normalerweise gilt, einer fachlichen und strategischen Bewertung zu unterziehen und zu dominant schwebt die Diskussion über die Finanz- Euro- und Staatsschuldenkrise über allen anderen Themen.

Nicht nur die Entwicklung in der Energiewende, sondern insbesondere das Tempo und die Beliebigkeit, wirtschaftspolitische Grundüberzeugungen innerhalb von Stunden über den Haufen zu schmeißen, haben wohl nicht nur mich atem- und zum Teil fassungslos werden lassen.

Da verblassen sogar alle ernüchternden Aussagen des Kämmerers bei der Einbringung des Haushaltes für 2012.

Wie viel ist allein in den vergangenen Tagen über die europäische Finanzkrise, die Bankenrettung und den Eurorettungsschirm bis hin zum Ausstieg Großbritanniens aus der EU geschrieben und gesprochen worden.

Das Drama hat eine Eigendynamik bekommen, deren Ausmaße anscheinend keiner mehr begreift - geschweige verlässlich einschätzen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, so langsam dämmert uns allen, dass unsere Lebensphilosophie eines gesicherten Lebensstandards in geordneten gesellschaftlichen Strukturen schon morgen völlig überholt sein kann.

Mit welcher Arroganz haben auch viele deutsche Medien und Sachverständige, die als völlig unzureichenden scheinenden Sparbemühungen der Griechen, Portugiesen und Iren kommentiert, so - als ob uns das alles nicht passieren könnte.

Die ersten Banken verweigern mittlerweile den Kommunen in NRW die so dringend benötigten Anschlusskredite; nicht wenige Städte sind mittlerweile bilanziell überschuldet - auch im Kreis Unna. Wie sagt es der IHK-Präsident Kersting zu recht: Griechenland ist überall.

Der Schuldenstand der öffentlichen Hand in der BRD liegt mittlerweile bei rd. 2 Billionen Euro - Tendenz steigend.

In diesem Jahr - wo die Steuereinnahmen sprudeln, wie lange nicht mehr - wo die Begehrlichkeiten drohen wieder ungeahnte Ausmaße anzunehmen, haben allein die Kommunen den Schuldenstand um knapp 6 Milliarden erhöht - und dies bei einer blendenden Wirtschaftslage im Vergleich zum europäischen Ausland.

Schauen Sie sich die finanzielle Situation der kreisangehörigen Kommunen im Kreis Unna an.

Haben Sie wirklich den realistischen Ansatz vor Augen, in wenigen Jahren werden Kommunen und Kreis ausgeglichene Haushalte präsentieren können?

Das ganze Finanzierungssystem der kommunalen Ebene ist völlig überholt. Der Kreis wird seine Umlage so lange nicht deutlich absenken können, solange der Bund nicht direkt die Mittel für Sozialleistungen an die kreisfreien Städte und Kreise überweist.

Und solange dies nicht geschieht, werden auch die Finanzhilfen des Landes nicht mehr sein, als den drohenden Untergang der Kommunen aufzuschieben.

Jetzt könnte ich Ihnen Vorschläge unterbreiten, die nach Realisierung schnell Milliardenbeträge einsparen könnten, wie die Zusammenlegung von Städten und Gemeinden, Verringerung der Anzahl der Bundesländer, deutlicher Abbau der bürokratischen Einrichtungen, Reduzierung der Parlamente - die Liste erscheint schier unendlich - und alle diese Vorschläge sind nicht neu.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen - es wird nichts passieren.

Genau, wie auf der kommunalen Ebene nach wie vor zu wenig passiert. Klar gibt es Fortschritte - und der Landrat bemüht sich nach meinem Eindruck auch nach Kräften - aber unter dem Strich ist dies alles noch zu wenig.

Schlagzeile im Hellweger Anzeiger vom 27.10 - Interkommunale Zusammenarbeit trägt erste Früchte. Nachfolgend die Aufführung, was wir denn alles tun: Datenverarbeitung, Rechnungsprüfung, gemeinsamer Einkauf.

Meine Damen und Herren,
solange wir keinen ergebnisoffenen Dialog führen - was sind die Kernaufgaben der Kommunen, was kann und muss auf der Kreisebene getan werden? - solange werden wir keinen substantiellen Schritt vorankommen.

Wenn wir diese Diskussion nicht führen, wird auch der "Stärkungspakt Stadtfinanzen" der Landesregierung ins Nichts verlaufen.

Wir sollten eine Diskussion vor Ort beginnen in und auf allen kommunalen Handlungsfeldern, wie wir uns unter dem Eindruck einer schrumpfenden Bevölkerung bei den vorhandenen Ressourcen zukünftig aufstellen wollen; kurz gesagt - wir müssen einen "Schrumpfungsprozess" organisieren und moderieren zwischen allen Beteiligten.

Wir brauchen deshalb eine Prognose für den Kreis Unna - wo wir hinwollen.

Wir müssen Zielmarken setzen und eine Wirksamkeitsbetrachtung aller beabsichtigten und getroffenen Entscheidungen.

Dabei sind wir - was die kreisweit agierenden Gesellschaften betrifft, durchaus gut aufgestellt: GWA, AKU und auch die WFG leisten in und auf ihren Handlungsfeldern durchweg gute Arbeit. Auch die UKBS möchte ich hiervon nicht ausnehmen.

Die vorhandenen Qualitäten sichern und stärken sollte eine der vordringlichsten Aufgabe dieses Hauses sein.

Ich komme zu den Niederungen der Kreispolitik.

Ich möchte nicht verhehlen, dass mich einige Diskussionsbeiträge und politische Entscheidungen - auch dieses Gremiums - in den vergangenen 12 Monaten zum Teil fassungslos und ratlos gemacht haben, wie die Weigerung des Kreistages bei den letzten HH-Beratungen Mittel zu einer verfahrensrechtlich vorgeschriebenen und gutachterlich als dringend notwendig anerkannten Sanierung des Altlastenstandortes Massen 3/4 in den Haushalt einsetzen.

Gott sei Dank hatte die Finanzverwaltung mitgedacht und trotz der Verweigerung des Kreistages entsprechende Mittel in die Bilanz eingestellt.

Ich glaube, den meisten ist auch heute noch nicht klar, welche Konsequenzen dies für den Kreis gehabt hätte.

Dasselbe galt für die grünen Anträge, Mittel für einen behindertengerechten Aufzug des neu gebauten Gästehauses auf der Ökologiestation oder zur Aufrechterhaltung der unverzichtbaren Arbeit des Kinderschutzbundes einzuplanen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Bewertung - die vorgebrachten Ablehnungsgründe waren zum Teil erschreckend dumm.

Die Krönung für mich war jedoch zweifelsfrei der peinliche Umgang mit dem grünen Antrag zur Inklusion. Das Winden von SPD, FDP und CDU in dem verzweifelten Bemühen, irgendwo ein Komma zu finden, um dem grünen Antrag nicht zustimmen zu müssen.

Das - liebe Kolleginnen und Kollegen - war eine Bankrotterklärung in der politischen Diskussionsqualität und im politischen Umgang miteinander.

Aber zwangsläufig die Konsequenz, wenn sachfremde Erwägungen oder parteitaktisches Verhalten Grundlage einer Mehrheitsentscheidung bilden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich will in diesem Zusammenhang nicht verhehlen, dass mich auch die Zurückhaltung der Verwaltungsspitze bei den angesprochenen Anträgen schon sehr nachdenklich gemacht hat.

Um es auf den Punkt zu bringen, ich hätte mir in dem einen oder anderen Fall gewünscht, dass der Landrat seiner politische Rolle durch eine klare Aussage gerecht geworden wäre, sofern er die Auffassung vertritt, dass ein Antrag in der Sache richtig, notwendig und gerechtfertigt ist.

Schweigen kann eine starke Geste sein - manchmal nicht.

Ob der Kreistag lernfähig ist, werden wir im Laufe der heutigen Beratung sehen, wenn über die verschiedenen Anträge abgestimmt wird.

Ich glaube, man kann und darf nicht zur Tagesordnung übergehen, ohne wenigstens die Aufgabenfelder Soziales, Arbeitsmarktpolitik und Bildung an dieser Stelle kurz anzureißen.

Leider bleibt mir für die wichtigen Felder Altersarmut, Generationengerechtigkeit und selbst für das Thema Lernatlas kein Raum heute.

Meine Damen und Herren,

da steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im Kreis Unna um fast 3 Prozent auf der einen Seite - und da sinkt das durchschnittliche Arbeitseinkommen im Kreis deutlich unter Landesniveau, mit der Folge, dass sich die Städte auf niedrige Einkommenssteueranteile werden einstellen müssen.

Und als ob das noch nicht genug wäre, steigt auch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis.

Jetzt könnte man ja annehmen, dass die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung diesem Umstand Rechnung trägt durch gescheite Förder- und Rahmenbedingungen.

Doch das Gegenteil ist der Fall - der Anspruch einer besseren Förderung von Langzeitarbeitslosen durch Wiedereingliederungsmaßnahmen wird faktisch aufgegeben.

Beschweren wir uns nicht - wir hatten in den vergangenen Jahren zweimal die Möglichkeit "Optionskommune" zu werden. Beide Male haben wir als Kreistag diese Chance zu einer verbesserten Einflussnahme in die lokale Arbeitsmarktpolitik nicht ergriffen.

Die in Berlin beschlossene Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente lässt Schlimmes befürchten und wie drückte es ein Kommentar von Barbara Dribbusch in der **taz** zutreffend aus: der zweite Arbeitsmarkt wird "eingedampft".

Die Grundsicherung ist längst auch zu einem Auffangbecken geworden für eine Klientel, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen den Anschluss an die Erwerbswelt nicht mehr schafft.

Die Kommunen sitzen auf einem Pulverfass.

Ein anderes Thema - welches viele von Ihnen vielleicht als abgehakt betrachten, welches aber ob der finanziellen Dimension durchaus geeignet ist, im Rahmen von Haushaltsplanberatungen nochmals auf die politische Agenda gehoben zu werden: die Sanierung des Kreishauses

Aber ich möchte über einen Umweg einsteigen:

nach dem GPA-Bericht "Ergebnisse der überörtlichen Prüfung für den Bereich Finanzen" hat der Kreis Unna ein zu hohes Umlagevolumen und einen zu hohen Umlagebedarf.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wohl alle 10 kreisangehörigen Kommunen mit einem negativen Jahresergebnis abschließen, ist dies schon bitter.

Die GPA betont positiv, dass es dem Kreis wenigstens gelungen sei, seine Kreditverpflichtungen durch den Verkauf der RWE-Aktien erheblich zu reduzieren und damit künftige HH nachhaltig zu entlasten.

Kommentar überflüssig.

Die SPD-Fraktion im LWL sitzt leider immer noch wie eine Glücke auf dem dort vorhandenen RWE-Aktienpaket; aber das ist ein anderes Thema.

Fakt bleibt, dass der hohe Umlagebedarf unsere schon stark belasteten Kommunen in ein finanzielles Stahlkorsett zwingt, das ihnen die Luft zum Atmen nimmt und damit - da werden Sie mir sicherlich zustimmen - nicht länger zu verantworten ist.

Auf die Handlungsempfehlungen der GPA:

- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit
- Senkung der SGB II-Quote bin ich z.T. schon eingegangen.

Wichtig ist mir vielmehr der dritte Aspekt und die Aussagen hierzu, mit dem sich das GPA befasst hat:

Unter den finanziellen Rahmenbedingungen des PP-Modells gekoppelt mit einer ungünstigen Architektur des Kreishauses - Sie wissen, wovon ich rede -

hat der GPA-Bericht eine zu hohen qm-Preis für die Bewirtschaftung der Bruttogrundfläche festgestellt. Das bedeutet, dass die durchschnittlichen Arbeitsplatzkosten auf Dauer zu hoch liegen.

Jetzt könnte Sie ja sagen - ja und?

Wenn Sie aber mehrheitlich einen behindertengerechten Aufzug in einem öffentlichen Gebäude ob der mittelbaren finanziellen Auswirkungen für die ka Kommunen ablehnen, dann sollten Sie mal darüber nachdenken, was die Anmietung eines eigenen Gebäudes mit jährlichen Aufwendungen in siebenstelliger Höhe für dieselben Kommunen bedeutet.

Und jetzt ist es ja nicht so, dass die ka Kommunen diese Summe als Teil der Kreisumlage im Tresor haben, nein sie finanzieren sie nahezu ausschließlich über Kredite.

Vielleicht machen Sie sich mal die Mühe auszurechnen, was die Sanierung des Kreishauses faktisch alle Beteiligten letztendlich wirklich kosten wird.

Das ist doch ne Milchmädchenrechnung, werden jetzt wohl einige denken.

Fakt ist, dass allein über diesen Aspekt zu keinen Zeitpunkt wirklich einmal intensiv nachgedacht wurde - ist ja auch einfacher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Grünen werden dem Haushalt 2012 zustimmen; allein schon, um die Verwaltung weiterhin zu unterstützen auf dem steinigen Weg, das Bestmögliche raus zu holen.

Ersparen Sie mir an dieser Stelle die besonders großen Stolpersteine auf diesem Weg institutionell oder namentlich zu benennen. Das wäre wohl wenig hilfreich. Die Rolle, die der Landrat nach meiner Wahrnehmung gegenüber den Bürgermeister wahrnimmt, ist konstruktiv und gut.

Meine Damen und Herren,

Politik ist die Kunst des Machbaren. Sie hat geprägt zu sein von der Demut der verliehenen und

geliehenen Macht. Macht, die der Bürger politischen Mandatsträgern auf Zeit erteilt.

Gute Politiker empfinden wie die Menschen in ihrer Stadt oder ihrem Wahlkreis. Sie nehmen die Gefühle sensibel auf und geben Menschen Halt und Orientierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das stammt nicht aus meiner Feder, sondern aus einem Kommentar von Volker Stennei, Hellweger Anzeiger vom 18.10. d.J. zum Abwahantrag des Duisburger OBs Adolf Sauerland.

Aber diese Aussage ist zeitlos und zeitlos richtig und sie ist es wert, sie sich häufiger ins Gedächtnis zu rücken.

Mein Dank geht an die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes für eine gute Arbeit im abgelaufenen Jahr, auch wenn sich dies aus meinen Ausführungen zum HH nicht immer sofort erschließen sollte, so meine ich es durchaus ernst - an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses und der Kreisgesellschaften für ihr häufig überdurchschnittliches Engagement, allen ehrenamtlich Tätigen im Kreis in allen unterschiedlichen Handlungsbereichen - und mein persönlicher Dank gilt Ihnen im Saal für Ihre Aufmerksamkeit.